



Anlage 1 zum Trägerrundschreiben Berufssprachkurse 07/23

Verfahren im Zusammenhang mit der Durchführung der „Leitlinien für digitales Lehren und Lernen“

a.) Trägerzulassungsverfahren für virtuelle Klassenzimmer

Um einen einheitlichen Standard bei der Durchführung von Berufssprachkursen im virtuellen Klassenzimmer sicherzustellen, sehen die „Leitlinien für digitales Lehren und Lernen“ (Leitlinien Digitales) insbesondere technische und personelle Grundvoraussetzungen nach § 11 Absatz 5 DeuFöV vor, die von den Kursträgern einzuhalten sind.

Zur Gewährleistung der Einhaltung dieser Voraussetzungen durch die Kursträger ist eine Zulassung zur Durchführung von Online-Berufssprachkursen (virtuelles Klassenzimmer und deren verschiedenen Kursformen) gem. § 19 Abs. 2 Satz 3 Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV) erforderlich.

Für Berufssprachkurse zugelassene Kursträger können dafür einen gesonderten Antrag auf Zulassung zur Durchführung von Berufssprachkursen im virtuellen Klassenzimmer (vgl. Anlage 2) stellen. Das Antragserfordernis basiert auf § 19 Abs.2 Satz 3 i.V.m. § 11 Abs. 5 DeuFöV. Ein neuer Erstzulassungsantrag ist nicht erforderlich.

Unter dem Begriff „Online-Berufssprachkurs“ ist keine eigenständige Kursart, wie etwa die speziellen Kursarten nach § 13 DeuFöV, zu verstehen, sondern vielmehr eine Kursdurchführungsform, die zusätzlich zur Grundzulassung, zu beantragen ist. Die Grundzulassung stellt maßgeblich auf die Durchführung von Präsenzkursen ab und ist darüber hinaus Voraussetzung für die zusätzliche Beantragung der Zulassung zur Durchführung von Berufssprachkursen im virtuellen Klassenzimmer.

Die Durchführung von Berufssprachkursen im virtuellen Klassenzimmer ist für Kurse mit Kursstart bis zum 31.12.2023 unter den bisherigen pandemiebedingten Übergangsregelungen möglich (vgl. TRS 16/22). Für Kurse mit Start ab dem 01.01.2024 ist die Durchführung von virtuellen Klassenzimmern nur noch möglich, wenn der entsprechende Antrag (Anlage 2) gemäß § 19 Abs.2 Satz 3 i.V.m. § 11 Abs. 5 DeuFöV gestellt und genehmigt worden ist.

Zu Zwecken der Verwaltungsvereinfachung beschränkt sich das Antragsformular auf die Verpflichtung zur Umsetzung der Leitlinien Digitales sowie der daraus hervorgehenden Vorgaben hinsichtlich technischer und personeller Ausstattung. Voraussetzungen die gemäß den Leitlinien Digitales zwingend vorliegen müssen, sind im Antrag durch einen entsprechenden Hinweis kenntlich gemacht.

Auf die Vorlage von Nachweisen zu den einzelnen Voraussetzungen im Rahmen der Antragstellung wird verzichtet. Eine Überprüfung der Angaben sowie der tatsächlichen Umsetzung findet im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen statt. Sollten Verstöße gegen die Vorgaben zur Durchführung von Online-Berufssprachkursen bzw. das Nichtvorliegen der Zulassungsvoraussetzungen festgestellt werden, kann dies durch die üblichen Maßnahmen – von einer Ermahnung bis hin zum Widerruf der ergänzenden Zulassung auf Durchführung von Berufssprachkursen im virtuellen Klassenzimmer – sanktioniert werden.

b.) Kennzeichnung von Kursen im virtuellen Klassenzimmer in KURSNET

Die in KURSNET zu veröffentlichenden Berufssprachkurse, die ganz oder teilweise virtuell stattfinden, werden entsprechend gekennzeichnet und die Zusteuerung von o.g. Teilnehmenden durch Integrations- und Vermittlungsfachkräfte dadurch möglichst vereinfacht. Findet ein Kurs vollständig oder teilweise im virtuellen Klassenzimmer statt, ist dies in KURSNET im Veranstaltungstitel mit „virtuell“ bzw. mit „teilweise virtuell“ zu kennzeichnen. Beispielsweise lautet der Veranstaltungstitel für einen C1-Kurs, der teilweise im virtuellen Klassenzimmer stattfindet, dementsprechend „Berufssprachkurs Ziel C1 – teilweise virtuell“ (vgl. KURSNET-Eingabehilfe, 3.1.1).

c.) Eignung und Bereitschaft der Teilnehmenden zum virtuellen Lernen für Kursformen mit virtuellem Anteil

Die Prüfung der Eignung zum virtuellen Lernen von potentiellen Teilnehmenden an virtuellen Klassenzimmern ist unabhängig von der Durchführung eines Einstufungstests vom Kursträger vorzunehmen. Die Eignungsprüfung zum virtuellen Lernen muss auch beim Vorliegen eines Zertifikats, das nicht älter ist als 6 Monate, vorgenommen werden.

Wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Eignung zum virtuellen Lernen und zur digitalen Kompetenz der Teilnehmenden sind in Kapitel 4 der Leitlinien Digitales zu finden. Grundsätzlich können folgende Aspekte bei der Einschätzung der digitalen Kompetenzen von Teilnehmenden Berücksichtigung finden:

- Bildungsbiographie (inkl. vorhandener Lernstrategien und Routinen)
- Erreichtes Sprachniveau, insbesondere schriftsprachliche Kompetenzen
- Bisherige Erfahrungen mit digitalen Medien im Sprachlernkontext
- Kompetenz beim Umgang mit digitalen Medien, insbesondere mit einem Videokonferenzsystem (Einschätzung z.B. durch konkrete Anwendung)

Es ist wünschenswert, dass die Prüfung der Eignung und das Ergebnis dokumentiert werden.

Die Bereitschaft zum virtuellen Lernen ist in der Kursträger-Teilnehmenden-Vereinbarung festzuhalten. Diese wurde dafür angepasst (siehe Anlage 3 „Vereinbarung zwischen Kursträger und Kursteilnehmenden in den Berufssprachkursen nach § 8 Abs. 4 DeuFöV“, dort Punkt 9). Zusätzlich wurde die Vereinbarung um die Verpflichtung zur Übermittlung von

Prüfungsergebnissen durch die Teilnehmenden an den zuständigen Träger im Bereich der Anerkennungsberufe ergänzt, siehe Punkt 7 der Anlage 3).

d.) Zustandekommen von regionalen und überregionalen virtuellen Klassenzimmern

Virtuelle Klassenzimmer können regional, d.h. mit Teilnahmeberechtigten aus einem Arbeitsagenturbezirk oder überregional, d.h. mit Teilnahmeberechtigten aus mehreren Arbeitsagenturbezirken bzw. über mehrere Bundesländer bzw. bundesweit geplant werden. Das Zustandekommen jedweder Art von überregionalen virtuellen Klassenzimmern bedarf einer gesonderten Genehmigung durch den Außendienst bzw. den zuständigen Hauptstandort.

Voraussetzung für ein überregionales virtuelles Klassenzimmer ist stets, dass die Nachfrage nicht regional gedeckt werden kann.

Die Förderung eines überregionalen virtuellen Klassenzimmers ist nur bei Vorliegen der gesonderten Genehmigung möglich.

Darüber hinaus bedarf die Aufnahme von Teilnahmeberechtigten in virtuelle Klassenzimmer in folgenden Fällen einer gesonderten Genehmigung durch den zuständigen Außendienst:

- bei regionalen virtuellen Klassenzimmern: die Teilnahmeberechtigten stammen nicht aus dem entsprechenden festgelegten Arbeitsagenturbezirk bzw.
- bei überregionalen virtuellen Klassenzimmern: die Teilnahmeberechtigten stammen nicht aus den jeweils festgelegten Arbeitsagenturbezirken oder dem Bundesland.

Nach der Genehmigung durch den Außendienst kann das überregionale virtuelle Klassenzimmer in KURSNET eingestellt werden. Dabei ist unter „Bemerkungen“ die jeweils festgelegte Regionalität des virtuellen Klassenzimmers kenntlich zu machen.

Überregionale virtuelle Klassenzimmer müssen folgende Bedingungen erfüllen:

- Einstufungen: Die Einstufungstests im BSK sind Bestandteil des Kostenerstattungssatzes und können nicht gesondert abgerechnet werden. Einstufungstests sind grundsätzlich in Präsenz durchzuführen. Wenn die Teilnahme an einem Einstufungstest in Präsenz, z.B. auf Grund unzumutbarer Fahrzeiten und/oder Fahrkosten, nicht möglich ist, können Einstufungstests ausnahmsweise digital erfolgen. Details zu den einzuhaltenden Mindeststandards entnehmen Sie bitte der Anlage 4.
- Teilnahmeberechtigungen müssen, wie gewöhnlich, im Original beim durchführenden Kursträger vorliegen.

Der Kursträger hat dafür Sorge zu tragen, dass die Zertifikatsprüfungen in räumlicher Nähe zum Wohnort der Teilnehmenden durchgeführt werden. Darüber hinaus sind anspruchsberechtigte

Teilnehmende von ihm darüber aufzuklären, dass nur die Fahrkosten zur wohnortnahen Zertifikatsprüfung erstattet werden. Darüberhinausgehende Fahrkosten oder gar Übernachtungskosten werden nicht erstattet.

e.) Anforderungen an die Lehrkräfte im virtuellen Klassenzimmer: Kein eigenes Lehrkräftezulassungsverfahren

Die Leitlinien Digitales sehen neben der Grundvoraussetzung für BSK-Lehrkräfte, eine Zulassung nach § 18 DeuFöV, lediglich Empfehlungen für den Unterricht in virtuellen Klassenzimmern vor, so u.a. hohe Vertrautheit mit den eingesetzten Tools, Bewusstsein für die pädagogischen Besonderheiten der virtuellen Unterrichtsumgebung sowie Reflektion und Weiterentwicklung der eigenen digitalen Kompetenzen.

f.) Unterricht durch Lehrkräfte außerhalb von Deutschland

Lehrkräfte sollen grundsätzlich aus Deutschland unterrichten. Um ausreichenden Bezug zu Deutschland und dem Ziel des Berufssprachkurses herzustellen, ist eine Unterrichtstätigkeit außerhalb von Deutschland nur dann zulässig, wenn

- die Lehrkraft ihren Hauptwohnsitz bzw. ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und
- die Unterrichtstätigkeit im virtuellen Klassenzimmer in einem EU-Mitgliedstaat stattfindet.

Zukünftig sind entsprechende Unterrichtstätigkeiten außerhalb von Deutschland formlos und vor Kursbeginn, dem zuständigen Außendienst zu melden.

Alle Regelungen gelten analog für Fachdozenten und sozialpädagogische Begleitungen.

g.) Fahrkostenerstattung im virtuellen Klassenzimmer

Findet der Unterricht ausschließlich im virtuellen Klassenzimmer statt, besteht kein Anspruch auf einen Fahrkostenzuschuss.

Bei Berufssprachkursen in Mischform (virtuell und in Präsenz) kann – sofern eine Anspruchsberechtigung besteht – bei Bedarf ein Fahrkostenzuschuss gewährt werden. Die Höhe des Fahrkostenzuschusses ergibt sich aus einer anteilmäßigen Berechnung des Monatsbeitrags, abhängig von der Zahl der angebotenen Sprachkurstage in Präsenz. Diese anteilmäßige Berechnung entspricht der Fahrkostenerstattung für Zeitmonatskarten gemäß § 40 Absatz 2 B AbrRL DeuFöV und ist wie folgt festgesetzt:

Zahl der Sprachkurstage in Präsenz im Teilmonat	Anteiliger Monatsbeitrag
15 bis 31 Tage	3/3
7 bis 14 Tage	2/3
1 bis 6 Tage	1/3

Fahrkosten für die Teilnahme an der Zertifikatsprüfung werden erstattet, wenn die Prüfung bei einer wohnortnahen Prüfungsstelle erfolgt. Hierbei gilt § 40 Abs. 5 AbrRL DeuFöV, der die Fahrkosten zur Zertifikatsprüfung regelt, entsprechend. Teilnehmende sind vom Kursträger entsprechend aufzuklären. Darüberhinausgehende Fahrkosten oder gar Übernachtungskosten werden nicht erstattet.

Mit Einführung des bundesweit gültigen Deutschlandtickets zum 01. Mai 2023 wird maximal ein Fahrkostenzuschuss in Höhe des jeweils gültigen Deutschlandtickets pro Monat (§ 40 Abs. 1 AbrRL DeuFöV) für Fahrkostenberechtigte erstattet. Die Drittelregelung nach § 40 Abs. 1 AbrRL DeuFöV findet grundsätzlich auch auf das Deutschlandticket Anwendung (vgl. TRS 04/2023).

h.) Abrechnungsunterlagen im virtuellen Klassenzimmer

Zukünftig sind folgende Abweichungen zum Regelverfahren hinsichtlich der Signatur des Anwesenheitsnachweises (Ersatz der täglichen Signaturliste) und der Abrechnung zu beachten:

Künftig werden nur noch Einwahlprotokolle bzw. in Ausnahmefällen, sollten keine Einwahlprotokolle generiert werden können, auch Screenshots der Teilnehmendenliste (keine Screenshots von Teilnehmenden, sondern von der Liste mit den Klarnamen der Teilnehmenden) akzeptiert. Die Anforderung an das IT-Videosystem des Kursträgers ist daher, dass stets Einwahlprotokolle verfügbar sind oder eine Teilnehmendenliste im Konferenzraum dargestellt wird.

Die Nachweise zu den virtuellen Anwesenheiten (Einwahlprotokolle und Screenshots der Teilnehmendenliste) sind von der unterrichtenden Lehrkraft tagesaktuell zu signieren und im Rahmen der Schlussabrechnung digital über WebDoc an das Bundesamt zu übermitteln. Zur Verifizierung der zeichnenden Lehrkraft bedarf es der Übersendung einer Unterschriftenprobe der unterrichtenden Lehrkraft/Lehrkräfte über WebDoc im Zuge der Übermittlung der Kursbeginnmeldung sowie ggf. erneut in aktualisierter Form mit Einreichung der Schlusszahlung.

Für die Art der Signatur der Einwahlprotokolle bzw. Teilnehmendenlisten gibt es keine Formvorgaben. Daher kann zukünftig diese Signatur für jeden täglichen Anwesenheitsnachweis

elektronisch, durch die eingesetzte Lehrkraft, mittels digital-eingescannter Unterschrift erfolgen. Die hier unter Buchstabe h) dargestellte Regelung löst die Regelungen des TRS 06/22 ab und gilt auch für die Kursbeginnmeldung.

Die Anforderungen für die übrigen abrechnungsrelevanten Nachweise (bspw. Ausdruck der elektronischen Anwesenheitsliste, Antrag auf Abrechnung/ Seite 1 der sog. Schlusszahlung, Nachweise Personaleinsatz Pauschale, etc.) bleiben auch für Kurse im virtuellen Klassenzimmer vom oben genannten Vorgehen unberührt. Sie sind auch weiterhin handschriftlich zu unterschreiben und postalisch einzureichen.